

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt-Rieser
Hermann Nr. 20
Sofia Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentaxen
Dresden 1530
Groschaf
Rieser Nr. 22

Nr. 29.

Dienstag, 4. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Grundpreis** für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. **Zahlungs- und Erfüllungsort**: Rieser. **Wöchentliche Unterhaltungsbeilage** "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag**: Danner & Winterlich, Rieser. **Geschäftsstelle**: Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion**: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Schwierigkeiten auf der ganzen Linie.

In dieser Woche wird sich zeigen, wie sich die maßgebenden politischen Faktoren, Reichsregierung und Partei, zu den neuzeitlichen inneren und äußeren Schwierigkeiten stellen wollen. Am Montag vormittag fand bereits eine Besprechung der Führer der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler statt, in der die ersten Kapitel der Saarverhandlungen und des deutsch-polnischen Einigungsabkommens Gegenstand der Erörterungen bildeten.

Zunächst die Saarverhandlungen, die nun seit Wochen und Monaten nicht von der Stelle kommen und anscheinend auch zu keinem sehr befriedigenden Ergebnis für Deutschland führen werden. Frankreich betreibt eine bewusste Verschleppungspolitik, was selbst den amtlichen Berliner Stellen längst zur Gewißheit geworden ist. Gegenwärtig weiß ja auch der deutsche Botschafter von Doersch in der Reichshauptstadt, der das Auswärtige Amt über die wahren Absichten der französischen Saarpolitik ausgiebig informiert haben dürfte.

Als zweite große Sorge stellt sich das deutsch-polnische Einigungsabkommen dar, für dessen Annahme auch im Reichstag noch keine Mehrheit vorhanden zu sein scheint. Die Verabschiedung dieser Vorlage ist ganz besonders durch das ablehnende Votum des Preussischen Landtages erschwert worden. Das Schicksal des Polenabkommens wird aber zu einem großen Teil von der Anfang dieser Woche zu erwartenden Entscheidung des Reichsrates bestimmt sein. Wird der Reichsrat im Verlaufe seiner Beratungen über die gesamten Haager Beschlüsse das Polenabkommen annehmen, so wird der Reichstag am kommenden Freitag die Bearbeitung des Haager Vertragswertes und in diesem Zusammenhang auch des Polenabkommens in Angriff nehmen können. Allerdings wäre es denkbar, daß dieses Programm umgestoßen würde.

Man darf nicht vergessen, daß sich zu den beiden erwähnten Schwierigkeiten noch das umstrittene Problem der Finanzreform hinzugesellt. Durch den in diesen Tagen erfolgten Vorstoß des Zentrums steht sich das Reichskabinett genötigt, die Finanzfrage noch vor Erledigung des Young-Planes in Ordnung zu bringen. Und hier ist eben der Punkt, wo ein neuer schwerer Kampf innerhalb der Regierungslager einsetzt. Die Reichsfinanzen sollen saniert werden, aber die Sanierung hat Steuererhöhungen zur Voraussetzung. Von Steuererhöhungen ist schon keine Rede mehr.

In maßgebenden politischen Kreisen spricht man neuerdings von einer eventuellen Erhöhung der Umsatzsteuer, von der man eine Mehreinnahme von 300 Millionen Mark erwartet. Raum ist dieser Gedanke aber in die öffentliche Diskussion getreten worden, so haben sich sofort starke Widerstände geltend gemacht. Wechnitz umstritten sind aber auch die Projekte einer Biersteuer-, Wein- und Kaffeezollerhöhung.

Bestige Zusammenstöße wird es ferner wegen der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung geben, zumal Reichsfinanzminister Dr. Brüning in dieser Frage einen Weg beschreiten will, der namentlich den Sozialdemokraten nicht genehm ist. Freilich wird man alle Hebel in Bewegung setzen, um den Ausbruch einer Krise vor Verabschiedung des Young-Planes zu verhindern.

Parteiübergreifende Besprechung mit der Regierung.

v. Berlin. Eine neue Parteiübergreifende Besprechung ist zunächst für Donnerstag in Aussicht genommen. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß die Besprechungen, insbesondere über die Finanzfragen doch längere Zeit in Anspruch nehmen werden, da auch in der Regierung die Beratungen über die Steuerfragen noch nicht abgeschlossen sind. Der Weltkurator hat deshalb dieser Tatsache Rechnung getragen und die nächste Winternachricht erst auf den 11. Februar anberaumt. Ueber die zu erwartenden neuen Steuern verläutet, daß in der Regierung die Ansicht vorherrscht, ohne eine Erhöhung der Umsatzsteuer von dreizehn auf ein Prozent und ohne die Erhöhung der Biersteuer nicht auskommen zu können, bescheiden dürfte eine Erhöhung der Kaffee- und Teezölle in Frage kommen. Von der Wiedereinführung der Weinsteuer dürfte mit Rücksicht auf die Notlage des Weingewerbes Abstand genommen werden, umso mehr als diese Steuer überdies keinen besonders in die Wege fallenden Ertrag haben würde. Endgültig entschieden wird sich das Kabinett jedoch erst nach Abschluß der Besprechungen der Regierung mit den Parteiführern.

Botschafter Schurmann über Deutschlands Zukunft.

Reyher. (Zuspruch.) Der frühere Berliner Botschafter Schurmann erklärte, er sei mit Bedauern von Berlin geschieden, wo er sich angeheitert der aufrichtiger Lebenswürdigen Aufnahme amtlich wie privat außerordentlich wohl gefühlt habe. Nur die dringende Notwendigkeit, sich seinen Privatangelegenheiten widmen zu müssen, habe seinen Rücktritt veranlaßt. Die Fortschritte, die Deutschland in den letzten fünf Jahren gemacht habe, seien in jeder Hinsicht enorm und es sei seine aufrichtige Überzeugung, daß Deutschlands Zukunft gesichert sei. Kein anderes Land könne seit Ende des Krieges Leistungen aufweisen wie den Westflug des "Graf Zeppelin" und des "Graf Zeppelin", den Schneidmüller "Graf Zeppelin" und den Dornier-Superwal.

Eine Rundgebung für den deutschen Osten.

* Berlin. Eine eindrucksvolle Unterzeichnung der in der kürzlich den Reichs- und Staatsbehörden überreichten Denkschrift geschriebenen **Koalition des deutschen Ostens** bildete der von den Landeshauptleuten der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien veranstaltete **Presseempfang im "Alteingang"**. Der Einladung der Landeshauptleute der gefährdeten Ostprovinzen hatten die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und der Parlamente in großer Anzahl Folge geleistet, darunter auch der preussische Innenminister Brüning, die Staatssekretäre Krüger, Schäfer und Grottel und der Reichspräsident Brüning, sowie Landtagspräsident Bartels. Ferner bemerkte man die Oberpräsidenten und Landeshauptleute, sowie zahlreiche Landräte und Bürgermeister der gefährdeten Landesteile.

In seiner Begrüßungssprache betonte der Landeshauptmann der Provinz Brandenburg, v. Winterfeldt-Remlin, daß es ein Gebot der Stunde, ein Gebot des deutschen Schicksals sei, dem deutschen Osten zu helfen, wenn er vor dem Untergang bewahrt werden solle.

Hierauf entrollte der Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. Caspari, ein **erschütterndes Bild von der Notlage der Ostmark** und zeigte die Mittel auf, die zur Erhaltung des deutschen Ostens unbedingt erforderlich seien. Der Redner betonte, daß es die Pflicht

der Landeshauptleute gewesen sei, in der Denkschrift die Wahrheit auszusprechen, daß die widernatürliche Grenzziehung die tiefste Ursache der Ostnot sei. Der verlorene Krieg habe dem deutschen Vaterlande im Osten die tiefsten Wunden geschlagen. Weite Gebiete, einst Deutschlands Kornkammern, seien aus dem Besitze des Reiches herausgerissen und brutale Willkür habe Tausenden vom Mutterlande getrennt. Die Folgen dieser Verluste an Gut und Blut hätten die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den östlichen Provinzen so schwer erschüttert, daß heute alles darauf ankomme, die Gefahr einer Zertrümmerung des nationalen Besitztandes im Osten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Alle Bevölkerungskreise in Stadt und Land seien sich darüber einig, daß die schwerste Not des Ostens mit einem Schlag enden würde, wenn das Unrecht der Grenzziehung im Osten wieder ausgemacht würde. Der Osten spreche die Erwartung aus, daß die Reichsregierung die preussische Staatsregierung, die Abgeordneten des Reiches und Preußens, darüber hinaus die gesamte deutsche Öffentlichkeit zu der gemeinsamen Hebung und dem gemeinsamen Willen kommen, dem deutschen Osten diejenige Beachtung und Hilfe zuteil werden zu lassen, die eine Erholung der deutschen Ostgebiete zum Wohle des gesamten deutschen Volkes auf die Dauer gewährleisten.

Der langsame Fortschritt der Seenbrüstungskonferenz.

London. Der gestrige Tag der Seenbrüstungskonferenz war privaten Besprechungen zwischen den einzelnen Delegationen gewidmet. Von zentraler Seite wird mitgeteilt, die amerikanische Delegation werde heute in der Ausführung der Konferenz weder irgendeinen schriftlichen Kommentar noch einen Gegenentwurf zu dem französischen Ausgleichsvorschlag vorlegen. Der Vorsitzende der amerikanischen Delegation sagte, die Bedeutung des französischen Vorschlages müsse erst ausreichend geklärt werden, bevor ein zweckentsprechender Kommentar oder ein Gegenentwurf unterbreitet werden könnte. Alles das, was hinsichtlich der Vereinigten Staaten vorzuschlagen werden würde, würde ausschließlich vorläufigen Charakter haben.

Die heutige Sitzung der gesamten Konferenz, die technisch unter dem Namen einer ersten Kommission bekannt ist, hat im Grunde genommen die Bedeutung einer Sonderkommission, wie sie Stimson in der letzten Vollversammlung zur Prüfung und gründlichen Auslegung des französischen Vorschlages vorschlug. Es ist jetzt wahrscheinlich, daß die Kommission Stimson aufgehoben wird und ihre Arbeiten von der ersten Kommission ausgeführt werden.

Ein britischer Kompromißvorschlag.

London. Wie von zuverlässiger Seite verläutet, hat die britische Delegation den anderen Delegationen einen von ihr formulierten **Kompromißvorschlag** zum französischen Vorschlag für die Beschränkung der Paushaltstonne mit dem Recht des Transfers bei verschiedenen, besonders be-

zeichneten Schiffskategorien zugehen lassen. Der hauptsächlichste Unterschied zwischen dem französischen und dem britischen Vorschlag besteht darin, daß die **Erweiterung der Großkampfschiffe** und **Unterseeboote** aus jedem Transfersplan ausgeschlossen werden. Der britische Vorschlag könne, so wird betont, als eine Erweiterung der Verhandlungsgrundlage angesehen werden. Die britische Tabelle der Kategorien weiche etwas, aber nicht wesentlich, von der französischen ab. Sie teile die Schiffe wie folgt ein:

Großkampfschiffe (Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer), Flugzeugmutterchiffe, Kreuzer mit achtzölligen Geschützen, Kreuzer mit sechszölligen Geschützen, Zerstörer und Unterseeboote.

Man erwartet nicht, daß die heutige Sitzung sich mit genannten Zahlen befassen wird. Die Konferenz muß noch die schwierige Frage der Methode lösen und eine Normel finden, die für jede der fünf Mächte annehmbar ist.

Paris ist zuverlässig.

* Paris. Die Berichte der französischen Morgenblätter über die Londoner Konferenz sind auf einen sehr zuverlässigen Ton gekommen. Man hofft, daß das Wochenende trotz der Abwesenheit zahlreicher Vertreter ermutigend habe, den Meinungsaustrausch fortzusetzen, so daß das Ergebnis dieser Besprechungen die Abordnungen in die Lage versetzen wird, sich vor der für Dienstag vorgelassenen Sitzung des ersten Ausschusses ein klares Bild von dem Stand der Dinge zu machen.

Neuregelung des Landesfinanzausgleichs.

Dresden. Die Dresdner Volkszeitung beschäftigt sich mit einem angeblich im Finanzministerium festgestellten Referenten-Entwurf für die **Neuregelung des Landesfinanzausgleichs**. Danach soll künftig die Gesamtheit der freien Bezirksverbände und der Bezirksgemeinden von den Ueberweilungssteuern nicht 18, sondern 25 Prozent erhalten. Dadurch würden die Ueberweilungen an die Bezirksverbände etwa 180 000 RM. mehr als bisher betragen. Der Bezirksanteil an den Einkommen- und Körperschaftsteuer, der bisher unter die Bezirksverbände und die bezirksfreien Gemeinden je zur Hälfte nach den Einkommen- und Körperschaftsteuer-Rechnungsanteilen bemessen wurde, soll künftig zu 80 Prozent nach der Bevölkerungszahl und zu 20 Prozent nach dem Steuerertrag verteilt werden. Im Durchschnitt würde auf jeden Bezirksverband eine Mehreinnahme von etwa 125 000 RM. entfallen. Der Gemeindeanteil an den Ueberweilungssteuern wurde bisher zu 40 Prozent nach der Bevölkerungszahl und zu 60 Prozent nach dem Steuerertrag bemessen. Künftig soll dieses Verhältnis 50:50 sein. Auch die Frage der sog. **Gastschulbeiträge** erfährt eine Neuregelung. Den Gemeinden mit höheren Schulen sollen künftig 4 Prozent des Lastenausgleichsstockes als Gastschulbeiträge zufließen. An dem Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer sollen künftig beteiligt sein der Staat mit 50 Prozent, die Gesamtheit der Gemeinden und Bezirksverbände mit 45 Prozent, während die restlichen 5 Prozent dem Wegebaufond zugeführt werden sollen.

Wie das Blatt weiter meldet, hat die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Bürgermeister und Gemeindevorsteher in der gleichen Frage folgende **Entscheidung** gefaßt:

Bei Beratung des sächsischen Finanzausgleichsgesetzes sind folgende Ziele zu erstreben: 1. **Ausgleich** zugunsten der

leistungsschwachen Gemeinden, 2. **stärkere Berücksichtigung** der Populanz, 3. **höhere Zuteilung** an den Lastenausgleichsstock, ohne Belastung des Gemeindeanteils, 4. **entscheidender Einfluß** der Gemeinden bei Verwaltung des Lastenausgleichsstockes, 5. **Erhöhung** des vorgesehenen Wegebaufonds, 6. **Berücksichtigung** der Volkswirtschaft bei Neuregelung des Ausgleichs zwischen Staat und Gemeinden, 7. **Beseitigung** der Verkopplung von Grund- und Gewerbesteuer, 8. **soziale Ausgestaltung** der Grund- und Gewerbesteuer, 9. **größere Bewegungsfreiheit** der Gemeinden in der Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer, 10. **jede Verantwortlichkeit** der Selbstverwaltung muß abgelehnt werden. — Auch durch eine **Veränderung** des sächsischen Finanzausgleichs könne der drohende finanzielle Zusammenbruch der sächsischen Gemeinden nicht aufgehalten werden, wenn den Gemeinden nicht umgehend die Einnahmen zugewiesen würden, die zur Bekämpfung ihrer Pflichtaufgaben notwendig sind.

Meldung über Niedermelung russischer Offiziere.

London. Reuter berichtet aus Riga: Aus Sowjetrußland kommt die Nachricht, daß die **WHI**, die **Waffen** hinrichtung aller vorwärtigen **Marineoffiziere** durchgeführt habe, d. h. alle derer, die nicht in den Sowjetkottendienst eingetreten und trotzdem in Rußland zurückgeblieben waren. **Wolle** Einzelheiten sind noch nicht eingegangen, aber mehrere hundert Namen sind als unter den Opfern **benannt** gemeldet worden und ihre Verwandten in Rußland haben sich an ihre Glaubensgenossen in Riga mit der Bitte gewandt, dort **Gedächtnisgottesdienste** abzuhalten, weil sie dies nicht auf Sowjetgebiet tun dürfen. Die orthodoxen **Stufen** in Riga organisieren **dabei** eine Requiemfeier für morgen.